

Die Welt in 2017

H.-J. Urban u.a.: Strategie-
wechsel bei der Rente

Michael Erhardt: Zumtobel –
Wer kämpft kann gewinnen

Forum
Gewerkschaften

Frank Deppe: 70 Jahre
»Macht den DGB stark«



USA: Beendet Donald Trump die säkulare Stagnation?

Deutschland: Orientierung in »unsicheren Zeiten«

Großbritannien: Zittern vor dem Brexit

Frankreich: Kaputte Linke zwischen Neoliberalen und Rechtspopulisten

Österreich: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Italien: Neuwahlen nach Regierungswechsel?

Niederlande: Was Wilders stark macht

Griechenland: Kampf um die Zukunft im Eurosystem



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Zwischen Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise



In den vergangenen Jahren ist die Türkei von schweren Anschlägen getroffen worden. Als verantwortlich werden meist der »Islamische Staat« (IS), die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) oder die TAK, eine radikale Splittergruppe der PKK (»Freiheitsfalken Kurdistans«), genannt. ...

Das europäische Aufrüstungsprogramm



Seit der Wahl von Trump wurden Befürchtungen laut, die neue US-Administration rütle an der transatlantischen Sicherheitsarchitektur. Tatsächlich war seine »Drohung«, sich aus der NATO zurückzuziehen, falls Europa nicht stärker seiner Bündnisverpflichtungen nachkommt, eine willkommene Steilvorlage. ...

Linkspartei: Strategieoptionen für 2017



SPD, LINKE und Grüne haben sich in Berlin viel vorgenommen: Es geht vorrangig um einen zügigen Ausbau einer bürgernahen Kommunalverwaltung, einem Verkehrsmix in Richtung Fahrrad und öffentlichem Nahverkehr sowie um eine neue Qualität in der Mietpolitik.

Die Weltökonomie nach dem US-Präsidentenwechsel

Joachim Bischoff:

Beendet Trump die säkulare Stagnation? 2

Europa in 2017

Redaktion Sozialismus: Europa und die Euro-Zone 10

Bernhard Müller: **Deutschland** – Stabilitätsanker in »unsicheren Zeiten«? 11

Bernhard Sander: **Frankreich** – Pulverisierte Linke 14

Wilhelm Kriehebauer: **Österreich** – Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer .. 16

Hinrich Kuhls: **Großbritannien** – Ein Königreich für ein Steckenpferd 20

Joachim Bischoff: **Italien** – Neuwahlen nach Regierungswechsel? 24

Bernhard Sander: **Niederlande** – Was macht Wilders stark? 29

Björn Radke: **Griechenland** – Kampf um die Zukunft im Eurosystem 32

Linke Allianzen

Dierk Hirschel: Politik der Gleichheit

Nationale und internationale Erfahrungen 36

Susanne Hennig-Wellsow: Gemischte Gefühle – Der »Thüringen Monitor 2016« gibt Auskunft über das politische Klima 40

Horst Arenz: Sozialeres Wohnen gegen den Rechtsruck
Die wohnungspolitischen Beschlüsse der neuen Koalition in Berlin 44

Heinz Bierbaum: Allianzen für ein solidarisches Europa
Der 5. Kongress der Partei der Europäischen Linken 49

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid/Dirk Neumann:
Alterssicherung – auf dem Weg zu einem Strategiewechsel? 51

Michael Ehrhardt/Martin Weiss: Wer kämpft, kann gewinnen
Der lange Streik bei Zumtobel in Usingen 56

Otto König/Richard Detje: Automobilindustrie im Umbruch – »Sanft umsteuern« – Fünf-Punkte-Plan der IG Metall zur Zukunft der Autobranche .. 58

Aus der Geschichte lernen

Frank Deppe: »Macht den DGB stark«

Die Neugründung der Gewerkschaften in Hessen vor 70 Jahren 62

Nachruf

Rainer Butenschön: »Dass die Menschen die Wahrheit erfahren«

Der Aufklärer und Sozialist Eckart Spoo ist gestorben 67

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 31

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Elvis & Nixon (Filmkritik) 69

Europa und die Euro-Zone

Redaktion Sozialismus

Der Aufstieg von rechtspopulistischen Anti-Establishment-Parteien hat den Konsens über ein gemeinsames europäisches Haus vollends zerstört. Die EU steht nach dem Brexit-Votum vor einer tiefen Zäsur – zum ersten Mal will ein Mitglied die Gemeinschaft verlassen.

Wesentliche Gründe für die Entwicklung der EU waren die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung, die Angleichung der Lebensstandards auf hohem Niveau und die Bündelung der wirtschaftlichen Ressourcen und Entwicklungspotenziale. In den zurückliegenden sechs Dekaden ist eine absolute und relative Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen der zuvor ärmeren Länder zu konstatieren.

Der Konvergenzprozess verlief in den einzelnen Ländern jedoch nicht gleichmäßig und nicht durchgehend. Vor allem infolge der Wirtschaftskrise 2008ff. kehrte sich die Konvergenz in eine Divergenz um. Da die Potenziale der Mitgliedsländer auch künftig auseinander streben, wird das Projekt Europa in weitere Krisenprozesse abgleiten. Der Konsens sah offene Grenzen, Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Diplomatie und die Förderung von Menschenrechten und Demokratie vor. All dies wird von den neuen Akteuren infrage gestellt, und die WählerInnen nehmen diese Entwicklung ohne größere Proteste und Widerstand hin.

Die Krise der Eurozone und der europäischen Ökonomien ist nicht überwunden. Jeder Tag, mit dem weiter Zeit gekauft wird, erhöht die Fehlentwicklungen und die Gefahr eines unkontrollierten Auseinanderbrechens. Jeder Austritt oder der Zerstörungsprozess der Währungsunion würde zu erheblichen Turbulenzen an den Finanzmärkten und einer weltweiten Rezession füh-



Karikatur: Economist

ren. Gleichwohl wird als Alternative zum neoliberalen Weiterwursteln auch die Rückkehr zu nationalen Währungen oder mindestens ein Umbau des Euros gefordert. Dessen Zukunft hängt maßgeblich von einem überzeugenden Konzept zur voranschreitenden Konvergenz in Richtung wirtschaftlicher und finanzpolitischer Koordination ab. Derzeit sind die Reparaturmaßnahmen unzureichend. Die Eurozone findet nur aus der Krise, wenn vor allem den südeuropäischen Ländern die Chance eröffnet wird, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Dazu ist eine gesamteuropäische Anstrengung nötig wie der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg.

Für 2017 sind jedoch bereits die Brexit-Verhandlungen eine Herausforderung. Die britische Premierministerin Theresa May erklärte auf dem EU-Gipfel in Brüssel im Dezember: »Wir wollen den Prozess so reibungslos und geordnet gestalten wie möglich. Das liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des übrigen Europa.« Sie werde den Antrag Ende März einreichen und begrüßte, dass sich die 27 EU-Staaten intensiv auf die Trennungsgespräche vorbereiten.

Sobald das Trennungsgesuch Großbritanniens vorliegt, bleiben zwei Jahre, um einen Ausstiegsvertrag zu verhan-

deln und zu ratifizieren. Spitzenpolitiker warnen vor langwierigen Verhandlungen, aber auch bei einem zügig erreichten Verhandlungsergebnis könnte der Brexit den Briten und den 27 EU-Mitgliedern schaden.

Der Präsident der EZB, Mario Draghi, hat die Staats- und Regierungschefs vor wachsenden wirtschaftlichen Unsicherheiten gewarnt, mittelfristig werde der Austritt Großbritanniens aus der EU beiden Seiten schaden, die Briten würden aber deutlich mehr darunter leiden als die verbleibenden 27 EU-Staaten. Draghi prognostiziert angesichts der unsicheren politischen Weltlage wachsende wirtschaftliche Risiken. Zwar habe sich die Wirtschaftslage in Europa in 2016 im Vergleich zum Vorjahr verbessert, doch gebe es 2017 eine Reihe Risiken, die diese Erholung gefährden könnten. Neben dem EU-Austritt Großbritanniens könnte eine mögliche Neuausrichtung der US-Finanzpolitik unter dem künftigen Präsidenten Trump eine Verschärfung der Unsicherheit auslösen.

In Europa, dem Mutterkontinent der Aufklärung, schwindet das Vertrauen in die Vorzüge einer supranationalen europäischen Gemeinschaft. Es besteht kaum noch die Zuversicht, dass »Fehlentwicklungen« wie die Einführung des Euro oder die Politik der EZB korrigiert werden könnten. Der Nationalstaat soll stattdessen wieder alles richten. Weltweit erleben wir eine Rückkehr zu Nationalismus und zur Verklärung eines vermeintlich unabhängigen und geordneten Nationalstaats. In der für den Einzelnen so unübersichtlich gewordenen Welt, der neuen Unsicherheit, stiftet die ideologische Rückbesinnung auf eine vermeintlich geordnete Nation der Vergangenheit neue Orientierung und verlorenen Sinn.

Die Linke hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, sich europaweit als überzeugende Alternative anzubieten. Die Erfolge des Bloco de Esquerda und der Coligação Democrática Unitária in Portugal und des Wahlbündnisses der Izquierda Unida mit Podemos in Spanien machen zwar Mut. Aber das alleine reicht noch nicht.

Deutschland: Stabilitätsanker in »unsicheren Zeiten«?

von | Bernhard Müller



Berlin, 20.12.2016 (Foto: dpa)

Innerhalb der großen kapitalistischen Länder zeichnet sich Deutschland durch relative wirtschaftliche und politische Stabilität aus. Großbritannien wird auf Jahre hinaus mit den Folgen des Brexits zu kämpfen haben, Italien und Frankreich scheitern fortlaufend bei der Umsetzung der notwendigen Reformen, Japan steckt in der Deflationsfalle, Chinas Finanzsystem wird zunehmend fragiler und in den USA droht mit dem Sieg des Rechtspopulisten Trump ein Richtungswechsel hin zu einer protektionistischen Agenda, die durch den Abschied vom freien Welthandel auch für die deutsche Wettbewerbsposition zu einer großen Herausforderung werden könnte. Und mit den in 2017 anstehenden Wahlen in mehreren wichtigen Euroländern wie den Niederlanden und Frankreich besteht, wie schon im gerade gescheiterten Verfassungsreferendum in Italien, die Gefahr, dass eurokritische Strömungen die Oberhand gewinnen – mit den entsprechenden Folgen für die Europäische Union und das Eurosystem.

In dieser Konstellation wird Deutschland von einer Mehrheit des politischen Establishments in der Rolle eines »Stabilitätsankers mit unangefochtener Führungsrolle in Europa« gesehen, der damit auch als eine Art Gegengewicht »auf gleicher Augenhöhe mit den USA«¹ ge-

handelt wird. Indikatoren für diese wirtschaftliche Stärke des europäischen Hegemons sind:

- Die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf ist im Zeitraum der von Angela Merkel personifizierten Kanzlerschaft deutlich gewachsen. Die Arbeitslosenquote hat sich seit ihrem Amtsantritt 2005 von 11% auf 4,6% mehr als halbiert. Es war eine große Wirtschafts- und Finanzkrise zu verarbeiten, was anderen europäischen Nachbarländern keineswegs gleichermaßen gelungen ist.
- Deutschland liegt seit mehr als einem halben Jahrhundert bei den Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in der Spitzengruppe der Industrieländer. Seit 2007 nehmen Deutschland und die Vereinigten Staaten mit jeweils durchschnittlich 1,3% im Jahr die beiden Spitzenplätze ein, während die meisten anderen Länder der Eurozone mit den Anfang des Jahrtausends entstandenen Fehlentwicklungen kämpfen.
- Die Erwerbstätigenquote hat in Deutschland seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2007 stärker zugelegt als in den meisten anderen Industrienationen. In den USA ist sie seither sogar zurückgegangen. Während in Län-

dern wie Spanien und Italien 43% bzw. 36% der Jugendlichen arbeitslos sind, beträgt die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande gerade einmal 7%.

- Der Euro ist für die Bundesrepublik immer noch von Vorteil, nicht zuletzt, weil die deutsche Währung im Falle eines Auseinanderbrechens der Eurogemeinschaft stark aufwerten würde. Zudem würden aus den »potenziellen Verbindlichkeiten« von mehr als einer Billion Euro aus den unterschiedlichen Rettungsprogrammen rasch reale Verluste für Deutschland werden.

Angela Merkel wird zu Beginn des Wahljahres 2017 von ihrer Partei in die Rolle der einzig verbliebenen Garantin für die Stabilität der freiheitlichen Weltordnung gehoben. Auf den Punkt gebracht hat dies der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier: »Angela Merkel ist ein Halteseil in einer unsicheren Zeit.«

Diese Bewertung findet sich auch in dem auf dem Parteitag verabschiedeten

Bernhard Müller ist Redaktionssekretär von *Sozialismus*.

¹ Vgl. dazu zusammenfassend: David Folkerts-Landau, Hochburg der Stabilität: Was Deutschland so erfolgreich macht, Deutsche Bank Research, dbStandpunkt 15.12.2016.

Leitantrag mit dem Titel »Orientierung in schwierigen Zeiten« wieder. Die Parteivorsitzende verweigerte in ihrem Rückblick jede Beschönigung: »2016 hat die Welt nicht stärker und stabiler gemacht, sondern schwächer und instabiler.« In Zeiten wie diesen komme es mehr denn je »auf uns« an. Deutschland hat – so ihre Bilanz – trotz der schwierigen Zeiten eine gute Phase hinter sich – die allerdings auch deshalb so passabel aussieht, weil andere große Euro-Länder deutlich mehr Probleme haben.

Das Urteil der Repräsentanten von Wirtschaft und Industrie zur Fortsetzung dieser Konstellation ist eindeutig: Der Präsident der Arbeitgeberverbände, Ingo Kramer, verwies auf Deutschland als Hort der Stabilität. Merkel habe wesentlich dazu beigetragen, indem sie das Land mit Besonnenheit durch eine Zeit voller Krisen gesteuert habe.

Und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, unterstreicht die Zustimmung für eine neue Wahlperiode: Er wünsche Merkel viel Kraft und Erfolg auf der politischen Bühne, die er sich nicht ohne sie vorstellen könne. Die Wirtschaft, das bundesdeutsche Kapital hat sich mit Merkel arrangiert, die Alternative einer rot-rot-grünen Koalition will man nicht. Man setzt auf die »verlässliche Partnerin in unruhigen Zeiten«, wie Kramer es ausdrückte.

In schwierigen Zeiten gibt es reichlich Grund zur Unruhe: Die letzten drei Landtagswahlen hat die CDU spektakulär verloren. Dazu kommen der Brexit, die Wahl von Trump, Renzis Niederlage und so weiter. Die Fluchtbewegung hat nicht nur zeitweilig die europäische Staaten-Ordnung durcheinandergewirbelt, sondern auch zu einem tiefen Zerwürfnis mit der rechtskonservativen Schwesterpartei CSU geführt. Viele Konservative fühlen sich heimatlos, weil die CDU ihnen zu links geworden ist, die AfD aber weit unter ihrer Würde agiert.

Andere haben die Annäherung an die Petry-Partei längst vollzogen und reagieren empfindlich auf Kritik seitens einer Christdemokratie, die sie als schwammig und machtfixiert empfinden. Im bürgerlichen Lager aber gibt es keine Führungsalternative: Angela Mer-

kel bleibt die mit weitem Abstand markanteste politische Figur des Landes und Europas. Keine Überraschung also, dass sie auf dem CDU-Parteitag mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, wengleich das Stimmenergebnis schon besser war.

Angela Merkel gilt trotz der Flüchtlingskrise, trotz der deutlichen Einbrüche in der Zufriedenheit mit ihrer Arbeit, trotz eines zeitweiligen Umfragetiefs von CDU und CSU, trotz eines unübersehbaren Kontrollverlustes des Staates und trotz des teils würdelosen Politik-Bashings als konkurrenzlos. International wird sie nach dem rechtspopulistisch motivierten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und dem Wahlsieg des rechten Demagogen Donald Trump in den USA als Symbol westlicher Werte und eines demokratischen Kapitalismus gesehen.

Gleichwohl muss Merkel mit deutlichem Gegenwind fertig werden, weil Teile der Partei mit ihrem Kurs vor allem in der Flüchtlingsfrage nicht einverstanden sind, den sie mitverantwortlich machen für den Aufstieg der AfD. Die Parteivorsitzende musste bereits im Leitantrag Zugeständnisse hinsichtlich schärferer Asylrechtsregelungen (vor allem einer rigideren Abschiebungspraxis) machen. Und ein Antrag, die CDU solle sich für die Abschaffung der von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossenen Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft einsetzen, fand gegen den Widerstand der Parteiführung eine knappe Mehrheit.

Im beschlossenen Leitantrag des Essener Parteitags spricht sich die CDU klar zum Thema Rückführung aus. Insbesondere wollen die Christdemokraten künftig noch strikter zwischen AsylbewerberInnen mit Bleiberecht und jenen unterscheiden, die aus einem sicheren Herkunftsland stammen. Für Letztere soll der Haftgrund für Abschiebehaft »erweitert« werden, wenn von dem Ausreisepflichtigen eine »Gefahr« ausgeht. Die Bundeskanzlerin betont allerdings, dass ein grundsätzliches Rütteln am Asylrecht und eine aus Ablehnung des Fremden gespeiste Weigerung, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, mit ihr nicht zu machen seien. »Nicht alle der insgesamt rund 890.000 Menschen,

die letztes Jahr gekommen sind, können und werden bleiben. Aber jeder Einzelne wurde und wird als Mensch und nicht als anonymen Teil einer Masse bei uns aufgenommen; jedes einzelne Anliegen wird geprüft.« Für eine »Kurskorrektur« allerdings, damit die Situation einer unkontrollierten Einreise und der mangelhaften Registrierung vom Herbst 2015 sich nicht wiederhole, kämpfen auch sie.

Merkel erkennt die entstandene und sich fortsetzende Unsicherheit an: Viele Menschen hätten das Gefühl, »dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Die Welt ist unübersichtlich geworden. Es gibt viele sich neu ausbalancierende Kraftzentren. Wir haben es mit einer Weltlage zu tun – das gilt nach den amerikanischen Wahlen noch immer ganz besonders –, in der sich die Welt erst einmal sortieren muss, gerade mit Blick auf so wichtige Dinge wie die NATO und das Verhältnis zu Russland.« In dieser Situation gelte es zunächst, »alles daran (zu) setzen, dass Europa nicht noch schwächer aus den Krisen hervorgehen wird, als es in sie hineingegangen ist«.

Diese pragmatische Zielsetzung mütet möglicherweise bescheiden an. »Aber lassen wir uns nicht täuschen: Das ist es nicht; denn Europa ist und bleibt, wie Helmut Kohl es wieder und wieder gesagt hat, eine Frage von Krieg und Frieden ... Die Lage zwingt uns mehr denn je, erst einmal das zu schützen und zu bewahren, was uns in Deutschland und Europa mit unseren transatlantischen Partnern stark gemacht hat und auch weiter stark machen wird.«

Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten innerhalb der EU, sich in vielen Bereichen – etwa bei der Verteilung der Flüchtlinge – zu verständigen, und der durch den Brexit und die Trump-Wahl entstandenen Lage fordert Merkel eine Konzentration auf die innere und äußere Sicherheit. Dazu gehöre neben der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, der Ausbau der europäischen Sicherheitsarchitektur (Sicherung der Außengrenzen, Aufrüstung etc.).

Innenpolitisch hält die Bundeskanzlerin an der Fortsetzung der bisherigen Politik fest: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Dazu gehört

neben der Regulierung der Digitalisierung: keine neuen Schulden machen und Steuererhöhungen, insbesondere auch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer und eine Einführung der Vermögensteuer, grundsätzlich auszuschließen. Finanzielle Spielräume, die vor allem durch Steuermehreinnahmen zustande kommen, sollen zu je einem Drittel genutzt werden

- für Investitionen in Infrastruktur und zur Förderung von Zukunftsfähigkeit in allen Bereichen,
- zur Steuersenkung vor allem von Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie
- zur Finanzierung von notwendigen Ausgabensteigerungen, zum Beispiel zur Erfüllung außen- und sicherheitspolitischer Aufgaben, und zur Schuldentilgung.

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit könnte allerdings einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt werden, wenn Trump seine protektionistische Agenda umsetzen sollte. Gerade deshalb fordert der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Folkerts-Landau, die europäischen und insbesondere die deutschen Politiker zu einem »konstruktiven Dialog« mit der künftigen US-Regierung unter Donald Trump auf. »Sollte sich die transatlantische Kooperation, die gerade für die Erfolge der deutschen Industrie enorm wichtig ist, nachhaltig verschlechtern, würde dies künftige Wohlfahrtsgewinne erheblich gefährden.«

Weitere Schwerpunkte des Leittrags sind die Aufrüstung von Polizei und Bundeswehr sowie eine verschärfte Repression gegenüber »ausreiseunwilligen« Flüchtlingen. So werden u.a. die Einrichtung von Transitzonen und eine Aufweichung von Abschiebehindernissen (z.B. Krankheit) gefordert.

Mit diesen programmatischen Eckpunkten will die CDU enttäuschte WählerInnen zurückgewinnen, »die sich als Modernisierungsverlierer sehen und derzeit noch bei populistischen Parteien von rechts und links ihre Zuflucht suchen«.

Angela Merkel hat ihre Partei auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Frühjahr und die Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres eingestimmt: »Die Bundestagswahl 2017 wird so

schwierig wie keine Wahl zuvor... Sie wird wahrlich kein Zuckerschlecken, mit einer starken Polarisierung unserer Gesellschaft, mit Anfechtungen von allen Seiten, von rechts wie nie zuvor und Anfechtungen von links, mit der Möglichkeit einer rot-rot-grünen Bundesregierung, sofern es dafür einigermaßen rechnerisch reicht. Wir haben die Aufgabe, so stark zu sein, dass das verhindert wird, dass es nicht zu Rot-Rot-Grün kommt. Wir müssen integrieren von rechts.«

Da an den Verteilungsstrukturen nicht gerüttelt werden soll und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherheit (etwa zur Bekämpfung der Altersarmut) nur eine marginale Rolle spielen, wird das Programm die besorgte und von Abstiegsängsten geplagte Mitte kaum beruhigen, und das Integrieren von rechts schwierig werden.

Angela Merkels Versprechen für eine Politik, die auf sozialen Zusammenhalt achtet, läuft so ins Leere. Die CDU wolle, »dass Deutschland auch zukünftig ein Land ist, in dem die Menschen sichere und fair bezahlte Arbeit haben, mit international erfolgreichen Unternehmen, mit einem starken Mittelstand, mit engagierten Familienunternehmen, ein Land, das stolz darauf ist, die Marke »Made in Germany« zu haben, ein Land, das jedem die Chance gibt, aus seinem Leben das Beste zu machen, ein Land, das den Menschen das Gefühl gibt, dass es gerecht zugeht, mit guten Kindergärten und Schulen, Ausbildungsplätzen und Universitäten. Wir wollen, dass Deutschland ein Land ist, in dem sich Leistung lohnt, das schwachen Menschen in Not hilft, das den Menschen die beste medizinische Versorgung geben kann und in dem auch ein gutes Leben im Alter möglich ist.«

Die politische Standortbestimmung der CDU folgt der bekannten Logik. Der Leittrags der Parteiführung ist als politisches Signal an WählerInnen und Konkurrenz gedacht. Über die Orientierung in unsicheren Zeiten wurde auf dem Parteitag nicht kontrovers diskutiert. Einstimmig und mit wenig Debattebeiträgen verabschiedeten die Delegierten am Ende das programmatische Dokument.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Thomas Strobl, Innenminister in Baden-Württemberg, hatte mit migrationspolitischen Verschärfungen zum Leittrags versucht, weniger Merkels »freundliches Gesicht« zu betonen, als die Härte in der Durchsetzung von Recht und Ordnung bei der Ausschaffung abgewiesener AsylbewerberInnen.

Dieses Manöver war auch in Richtung CSU gedacht, die ja in die gemeinsame Wahlkonstellation geholt werden soll. Und die hat prompt signalisiert, dass sie mit der von der CDU vorgenommenen Kurssetzung keineswegs einverstanden ist. So hat der CSU-Vorsitzende Seehofer angekündigt, ähnlich wie bei der »Maut für Ausländer« im letzten Bundestagswahlkampf, mit dem Versprechen einer »Obergrenze« für die Aufnahme von Flüchtlingen in die Wahlauseinandersetzung ziehen zu wollen. Zudem will die CSU die von der CDU-Führung abgelehnte Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft aufgreifen. Der Dauerzwist zwischen CDU und CSU seit Beginn der Flüchtlingskrise, der das Unionslager an den Rand des Zerwürfnisses gebracht hat, wird so in den Bundestagswahlkampf hinein verlängert.

Die CDU versucht einen Spagat zwischen der seit Merkels Aufstieg immer sichtbarer Politik der Öffnung zur Mitte hin, was letztlich zum Abräumen vieler konservativer Bastionen der CDU-Politik führte, und den Wertkonservativen, die eben nicht nur in der CSU und der AfD ein stärkeres politisches Gewicht erhalten haben, nicht passt.

Der Wahlkampf im Jahr 2017 wird für diesen Spagat eine massive Belastungsprobe bringen. Jeder terroristische Anschlag und jedwedes kriminelles Fehlverhalten von MigrantInnen, Flüchtlingen oder »Fremden« wird von einer breiten Allianz genutzt werden, die freiheitlichen Grundwerte und rechtsstaatlichen Grundsätze einzuschränken. Angela Merkel wird erhebliche Flexibilität und Härte beweisen müssen, will sie ihre Linie durchhalten und zugleich den Rechtskonservativen zeigen, dass sie sie ernster nimmt als in den zurückliegenden Jahren. Es ist keineswegs sicher, dass ihr das gelingt.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

